

# TAGUNGEN

## 13. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund

„Es ist die Frage, ob der Arbeiter, der nicht mehr dumm ist, überhaupt bei uns gewünscht wird.“ Diese provokative Frage stellte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Bernhard Tacke*, vor dem Auditorium der 13. Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund, die sich Anfang Juli 1966 mit dem Thema „Bildung und Ausbildung in der Industriegesellschaft“<sup>1)</sup> befaßte. Tacke kritisierte, daß es zwar viele gebe, die über Bildungs- und Ausbildungsfragen forschten, viel zu wenige aber, die bereit seien, das Erforschte auch zu realisieren. Die starken Widerstände seitens der Unternehmer gegenüber einem bezahlten Bildungsurlaub für Arbeitnehmer, rührten nicht bloß daher, daß dieser Urlaub Arbeitszeit und Geld koste, sondern vielfach werde gefürchtet, daß der Arbeitnehmer zu gescheit werden könne. Kluge Köpfe aber sind oft unbequem.

Der Personaldirektor der Farbenwerke Bayer, Dr. v. *Beckerath*, Sprecher der Unternehmer auf dieser Tagung, zeichnete zuvor ein stark idealisiertes Bild von den rastlosen Bemühungen der Arbeitgeber, die Arbeitnehmer weiterzubilden. Die Forderung nach Bildungsurlaub tat er ab, indem er meinte, es nütze nichts, freie Zeit für die Bildung zur Verfügung zu stellen, wenn der einzelne nicht den Willen habe, zu lernen. Er plädierte dafür, im allgemeinen die Berufsausbildung den Betrieben zu überlassen und ihnen dabei so wenig wie möglich dreinzureden.

Die Politiker und Wissenschaftler, die als Referenten für diese Tagung gewonnen worden waren, mochten" einer derart selbstgefälligen Sicht der Probleme nicht zuzustimmen. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. *P. Mikat*, nannte konkrete Forderungen: Mehr, bessere, längere Bildung; Erhöhung der Zahl der gehobenen Abschlüsse; Erzielung eines Höchstmaßes an Leistungen; individuelle För-

derung; mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und neue weiterführende Formen von Bildungseinrichtungen. Mikat führte aus, daß es gelte, möglichst vielen ein begabungsakzentuiertes Angebot zu unterbreiten. Glücklicherweise bestehe zwischen den verantwortlichen Bildungspolitikern der Bundesrepublik im Grundsätzlichen weitgehende Übereinstimmung. Das sachgerechte Denken nehme zu, ideologische Verkrustungen würden mehr und mehr abgebaut.

Prof. Dr. *Rest*, Pädagogische Hochschule Münster, stellte allerdings ohne Umschweife fest: „Die Bundesrepublik liegt heute noch ohne jeden Zweifel im Vergleich mit den westlichen Kulturnationen im Hintertreffen.“ Vorrangig sei die Reform der Volks- und Berufsschulen. Außerdem gelte es, die klaffende Lücke im Nachwuchs der Lehrer aller Schulsparten zu schließen. Eine weitsichtige und kontinuierliche Planung sei auf diesen Gebieten unabdingbar. Rest sprach sich dafür aus, die Erwachsenenbildung stärker zu fördern. Nur wer sich ständig weiterbilde, könne der Gefahr widerstehen, ein Opfer der gewaltigen Informationsmittel zu werden, die alle irgendwie gesteuert seien, und denen gegenüber man stets mündig bleiben müsse, d. h. gut ausgebildet und gebildet.

Bildungs- und Ausbildungsprobleme ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik behandelte Dr. *G. Maturi* von den Ford-Werken in Köln. Maturi betonte, daß es insbesondere das krasse Bildungsgefälle zwischen Aufnahmeland und Herkunftsland sei, was die Beschäftigung und soziale Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer erschwere. Er sah als notwendig an, die Arbeitnehmer schon im Herkunftsland besser zu bilden und auszubilden. Es gelte vor allem, den Sprachunterricht intensiv zu fördern und Aufklärungsarbeit über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Aufnahmeländern zu betreiben.

Weit stärker noch als in den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitnehmer, die in der Bundesrepublik arbeiten, liegen Bildung und Ausbildung in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im argen. Darauf wies Dr. *K. Hagedorn*, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im Erziehungswesen (Paris), hin. Er hob hervor, daß

1) Die Tagungsergebnisse erscheinen in Buchform im Verlag Duncker 6c Humboldt, Berlin.

mehr als die Hälfte der Kinder der Welt keine Schule besuchen, daß es unter den Erwachsenen 700 Mill. Analphabeten gebe und 1,5 Mrd. Menschen, die lediglich ihren Namen und einige simple Sätze schreiben können. Fehlendes Wissen aber verhindere die Nutzung der Naturkräfte, den rationellen Ackerbau und die Bekämpfung von Krankheiten. So sei die Weltkarte des Analphabetentums identisch mit der Unterentwicklung. Die ungeheure Ungerechtigkeit, die darin liege, daß die Not so ungleich verteilt ist, beinhalte eine permanente Bedrohung für die Zukunft der Zivilisation. So müsse sich der Gedanke durchsetzen, daß es vorrangig gelte, durch Bildungshilfe den Entwicklungsländern zu ermöglichen, diese Misere zu beheben.

Der immense Bildungsrückstand in den Entwicklungsgebieten ist allerdings kein Alibi dafür, nun in den Industrieländern kurzzutreten. Denn: Bildung und Ausbildung haben zum Ziel, den jungen Menschen auf die Erfüllung seiner Aufgaben in der Gesellschaft vorzubereiten, wie *M. Goote*, Minister der Niederlande, in seinem Referat in Dortmund unterstrich. Hierbei müsse der gesellschaftlichen Entwicklung fortwährend Rechnung getragen werden. Nationalrat *Dr. K. Kummer*, Wien, hob hervor, daß eine Demokratie nur richtig funktionieren könne, wenn eine entsprechende politische Bildung des Volkes stattfinde. Mehr noch: der Bildungsstand der Bevölkerung sei eine der Grundlagen für die Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten, sei die Grundlage der modernen Gesellschaft überhaupt. Ergänzend dazu meinte Professor *Dr. P. Grappin*, Universität Paris-Nanterre, daß reine Fachausbildung kaum wirklich gebildete Menschen hervorbringen könne. Zwei Ergänzungen seien zumindest erforderlich: die Ausdrucksfähigkeit zu schulen und eine allgemeine sozialpolitische Bildung.

Äußerst kritisch setzte sich der englische Unternehmensberater *P. W. Lowell* mit den überkommenen Bildungseinrichtungen auseinander: „Das Ergebnis dieser überholten Art von Bildung sind vom Leben distanzierte Menschen, die im praktischen, politischen und wirtschaftlichen Leben nichts vollbringen, obwohl man sie für die höchsten Staatsämter für geeignet hält.“ Er hielt dem entgegen: „Die Vorstellung vom reinen Lehren, dem Gegenüber von Katheder und Studierenden, soll einer neuen Kombination von Theorie und Praxis weichen. Neue Wege werden bereits durch die Revolution auf dem Gebiet der Lehr- und Lernmittel deutlich — Fernsehen, Sprachlabors, programmiertes Lernen. Daneben gewinnt der projektbezogene Unterricht an Bedeutung, und zwar sowohl an der Volks- wie an der Oberschule und auf der Universität. Schüler haben Pflichtstunden in technischen Zentren, wo moderne Geräte gebastelt werden. Studenten der Universität Sussex studieren im First-degree-Studium in der Fakultät für europäische Stu-

dien aktuelle Wirtschafts- und Verwaltungsprobleme . . . Angestrebter Vorteil der neuen Studierweise ist eine zeitigere Eingliederung der jungen Menschen in die Berufswelt und in die Verantwortung . . . So wird die Grenze zwischen Bildung und Ausbildung fließend.“ Für Großbritannien konnte *Lowell* berichten, daß die Erwachsenenbildung forciert wird. Einmal durch die seit 1964 bestehenden, heute schon 8,5 Mill. Arbeitnehmer umfassenden *Industrial Training Boards*, in denen der Staat mit den Verbänden zusammenarbeitet, um die Berufsausbildung zu erweitern und zu verbessern; und zum anderen durch das Erwachsenen-Bildungssystem, das sowohl von Universitäten wie von der Arbeiterbildungsorganisation getragen wird. Allein 1963/64 konnten 1,8 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln für diese Erwachsenenbildung ausgegeben werden.

Über die fortschrittliche Schulkonzeption in Schweden referierte Professor *Dr. G. Karlen* von der Universität Stockholm. Korlén unterstrich, daß in Schweden das Erbe der Aufklärung sehr stark sei, orientiert hin zur angelsächsischen Geistigkeit. Seit über zwanzig Jahren befinde sich das Land in einem ununterbrochenen Prozeß der Ausbildungsexpansion und der pädagogischen Experimente. Von entscheidender Bedeutung für die schwedische Schulreform sei der Umstand, daß alle Schüler bis zur 8. Klasse einschließlich gemeinsam unterrichtet werden. Die endgültige Differenzierung setze erst mit dem 9. Schuljahr ein. Das habe nicht nur ausbildungspolitische Gründe, sondern auch sozialpolitische. So gewähre man in Schweden jedem Jugendlichen unabhängig von seiner sozialen oder regionalen Herkunft eine Ausbildung, die derjenigen der alten neun-jährigen Realschule (Mittelschule) entspreche. Außerdem lerne jeder Schüler in Schweden zwei Fremdsprachen. Vom 4. Schuljahr an Englisch und von der 7. Klasse an wahlweise Deutsch oder Französisch.

Besonders auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, an deren Schulsystem sich Schweden orientiert hat, mißt man den Fragen der Bildung und Ausbildung höchste Bedeutung bei. In Dortmund wies Professor *Dr. F. Baerwald*, Fordham-University, New York, darauf hin, daß in den USA die Erziehung darauf abziele, die jungen Menschen zum rechten Verhalten in einer offenen demokratischen Gesellschaft anzuleiten. Er nannte zwei Entwicklungen, die für den rasanten Fortschritt von Bildung und Ausbildung in den Staaten maßgeblich waren. Zum einen handele es sich um die „Kulturexplosion“, die u. a. durch hohe Auf-lagenziffern allgemeinbildender und wissenschaftlicher Taschenbücher belegt werde; zum anderen um das amerikanische Schulsystem. *Baerwald* führte dazu aus: „Alle Tätigkeiten, außer der des ungelerten Arbeiters, haben in den USA den Besuch eines zwölfklassigen Schulsystems zur Voraussetzung. Die allgemeine

Schulpflicht endet zwar mit Vollendung des 16. Lebensjahres, aber die zahlreichen Jugendlichen, die dann aus der Schule ausscheiden, haben fast keine Chance, in Aufstiegsberufen unterzukommen." So ergebe sich, daß selbst bei allgemeiner Vollbeschäftigung in Amerika die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, insbesondere den farbigen, beunruhigend groß sei. Baerwald betonte, daß in den Vereinigten Staaten ungenügende Bildung, insbesondere vorzeitiger Schulabgang, fast stets ein sehr geringes Einkommen zur Folge habe. Umgekehrt wachse das Einkommen, je länger der einzelne im Bildungsprozeß verbleibe.

Wie sehr die sachorientierten Anforderungen der modernen Industriegesellschaft ideologische Barrieren zwischen Ost und West abbauen, zeigte Dr. S. Jenkner von der Universität Göttingen auf. Die neuformulierte kommunistische Bildungskonzeption stimme in ihren Erkenntnissen und Forderungen mit den westlichen Konzeptionen im wesentlichen überein. Sie sei pragmatisch und nicht spezifisch kommunistisch ideologisch bestimmt.

Am Schluß der Tagung faßte der Leiter der Sozialakademie, Prof. *Helmut Duvernell*, die Ergebnisse der Referate und Diskussionsbeiträge in acht Thesen zusammen:

1. Bildung und Ausbildung erscheinen als die entscheidende Grundlage für die zukünftige Entwicklung aller Staaten.

2. Die moderne industrielle Gesellschaft — Ziel aller Staaten der Erde — ist eine Leistungsgesellschaft, gekennzeichnet durch Mobilität und Universalität.

3. Bildung und Ausbildung müssen zeitnah sein.

4. Bildung kann in unserer Zeit nur noch verstanden werden als eine permanente Aufgabe für jedermann.

5. Die Lebensfähigkeit der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist daran geknüpft, daß die Bürger dieser Gesellschaft durch Bildung und Ausbildung mündig werden.

6. Die Trennung von Bildung und Ausbildung ist überholt.

7. Die Bildungskonzeptionen von Ost und West stimmen weitgehend überein.

8. Am Problem der Entwicklungsländer wird deutlich, daß Bildung und Ausbildung keine Aufgaben nach der Lösung sozialer Fragen sind, sondern die Voraussetzung für die Lösung dieser Fragen.

*Günther Heyder*